

und Erziehung die Hauptsache; was Verhütung und Abtreibung angeht, so sei Verhütung die Hauptsache; was regelmäßige Arbeit und Sondermaßnahmen angeht, so sei regelmäßige Arbeit die Hauptsache. Bei der Propaganda und Erziehung sei in dreierlei Hinsicht aufzuklären: 1. in bezug auf Bevölkerungstheorie, 2. in bezug auf Kenntnisse über Geburtenbeschränkung, 3. in bezug auf eugenische Kenntnisse. Außerdem sei es notwendig, das Angebot an Verhütungsmitteln zu erhöhen und deren technische Qualität zu verbessern. Ferner sei die eugenische Forschung zu fördern und darauf hinzuwirken, daß vor der Ehe Beratungen und Untersuchungen durchgeführt würden, damit die nächste Generation gesund und intelligent werde.

Die in dem Leitartikel angesprochenen Probleme sind immens. Allein die Tatsache, daß etwa zwei Drittel der Bevölkerung unter 30 Jahre alt ist, läßt alle Methoden zur Einschränkung des Bevölkerungswachstums hoffnungslos erscheinen, gar nicht zu reden von den menschlichen Härten, die dadurch entstehen, daß Kinder nur nach Plan geboren werden dürfen und daß Zweit- oder Mehrgeburten wirtschaftliche Strafen zur Folge haben.

-st-

WISSENSCHAFT*AUSBILDUNG KUNST UND MEDIEN

(13)

Tagung über kombinierte Arbeits- und Lernpro- gramme an Schulen

Vom 1.-10. August 1982 fand in Beijing eine Konferenz über kombinierte Arbeits- und Lernprogramme an Grund- und Mittelschulen statt. Die Tagung war von der Staatlichen Planungskommission, der Staatlichen Wirtschaftskommission, dem Finanz- und dem Erziehungsministerium veranstaltet worden. Bei den Programmen geht es darum, an den Schulen teils körperliche Arbeit, teils Unterricht durchzuführen. Wie es bei der Eröffnung der Tagung hieß, hätten laut Statistiken des Jahres 1981 43 Prozent aller Schulen in 28 Provinzeinheiten (allen außer Tibet) solche Programme eingeführt. Der im Arbeitsprogramm erwirtschaftete Nettoertrag dieser Schulen habe sich auf 576 Millionen Yuan belaufen, das seien 8,03% der staatlichen Gesamtausgaben für das allgemeine Erziehungswesen (GMRB, 2.8.82). Der stellvertre-

tende Erziehungsminister betonte, daß das Programm nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen zu befürworten sei, sondern auch aus Gründen einer guten Allround-Erziehung in moralischer (d.h. ideologischer), geistiger und körperlicher Hinsicht. Er führte ferner aus, daß das Erziehungsministerium verlange, daß die Schüler an Grundschulen wöchentlich 45 Minuten, die Schüler an Mittelschulen wöchentlich 100 Minuten körperliche Arbeit leisten (XNA, 11.8.82).

Auf der Konferenz wurden neue Richtlinien für die kombinierte Arbeits- und Lernmethode aufgestellt und alle Schulen aufgefordert, derartige Programme einzuführen. Auf der Abschlusssitzung erklärte Erziehungsminister He Dongchang, daß die Arbeits- und Lernprogramme einmal eine gute Methode zur Verbreitung der Grundschulenseien, zum anderen aber auch eine gute Methode zur Hebung der Qualität der Erziehung an Grund- und Mittelschulen und zur Reform der Sekundarschulen (GMRB, 11.8.82).

Die Kommunistische Partei hat schon immer Schulen befürwortet, auf denen teils gearbeitet, teils gelernt wird. Insbesondere in der kulturellen Phase wurde auf allen Schulen die körperliche Arbeit überbetont. Als Reaktion hierauf wurde in den letzten Jahren das Lernen wieder stärker in den Vordergrund gerückt. Daß neuerdings die kombinierte Lern-/Arbeitsschule propagiert wird, zeigt deutlich, daß die Partei auch auf den Schulen die Zügel in bezug auf ideologische Erziehung fester anzieht.

Gerade aufgrund der Auswüchse in der Kulturrevolution, so gab Hu Qiaomu in seiner Rede vor den Konferenzteilnehmern zu, gebe es viele Kritiker der Methode des gleichzeitigen Arbeitens und Lernens. Er gab jedoch deutlich zu verstehen, daß geistige und produktive Arbeit eng zusammengehören und daß zur moralischen Erziehung vor allem körperliche Arbeit gehöre. Nur durch die Kombination von geistiger und körperlicher Arbeit könne das Erziehungsideal der KPCh einer umfassenden Bildung auf moralischem, geistigem und körperlichem Gebiet verwirklicht werden (RMRB, 10.8.82).

-st-

(14)

Bestimmungen für selbst- zahlende Auslandsstuden- ten

Unter Beteiligung des Erziehungs-

ministeriums, des Ministeriums für öffentliche Sicherheit, des Außenministeriums und des Arbeits- und Personalministeriums wurden kürzlich "Bestimmungen betreffend selbstzahlende Auslandsstudenten" erlassen. Diese neuen Bestimmungen sind am 16. Juli 1982 in Kraft getreten und lösen die im Januar 1981 vom Staatsrat gebilligten vorläufigen Bestimmungen ab. In den Bestimmungen wird festgehalten, daß es die Möglichkeit gibt, auf eigene Kosten zum Studium ins Ausland zu gehen. Denen, die sich um ein Studium im Ausland auf eigene Kosten bewerben, kann das Auslandsstudium in Einklang mit den entsprechenden Bestimmungen des Ministeriums für öffentliche Sicherheit gewährt werden, wenn zuverlässige, im Ausland lebende Verwandte oder Freunde oder in China lebende Verwandte für die Studiengebühren und die Lebenskosten aufkommen (oder wenn sie im Ausland Stipendien besorgt haben). Die Bewerber müssen die Zulassungspapiere zu den entsprechenden Universitäten oder Hochschulen sowie ein beglaubigtes Garantieschreiben vorweisen können, daß alle Kosten von den Verwandten oder Freunden übernommen werden. Studenten und Postgraduierte sollen nicht älter als 35 Jahre sein, solche, die weiterführende Studien betreiben wollen, nicht älter als 45 Jahre. Der Bewerber muß ein Abiturzeugnis oder ein Hochschulexamen vorweisen können.

Um zu garantieren, daß der staatliche Plan zur Ausbildung qualifizierter Kräfte erfüllt wird, ist es Studenten, die an einer Universität oder Hochschule studieren oder als Postgraduierte an einer Universität oder wissenschaftlichen Institution arbeiten, nicht gestattet, auf eigene Kosten ins Ausland zu studieren. Nach absolviertem Examen muß der Kandidat zunächst die ihm vom Staat zugewiesene Stellung antreten und für zwei Jahre arbeiten, bevor er die Erlaubnis einholen kann, sich um ein Studium im Ausland auf eigene Kosten zu bemühen. Diese Einschränkungen, daß bereits studierende Studenten nicht ins Ausland studieren dürfen und daß man nach dem Examen erst zwei Jahre arbeiten muß, gelten nicht für Kinder, Geschwister und deren Kinder von Auslandschinesen, von in Hong Kong oder Macao lebenden Chinesen und von Chinesen ausländischer Herkunft oder zurückgekehrten Auslandschinesen.

Jemand, der in China gearbeitet hat und dann zum Studium ins Ausland geht, verliert seine Stel-

lung in China nicht; allerdings wird das Gehalt nicht weitergezahlt und die im Ausland verbrachte Zeit wird nicht auf die Dienstjahre angerechnet.

Nach den Bestimmungen muß der auf eigene Kosten im Ausland Studierende sich innerhalb eines Monats nach Ankunft in dem Gastland mit der chinesischen Botschaft in Verbindung setzen und sich ihrer Führung unterstellen. Nach der Rückkehr nach China erkennt der Staat die im Ausland erworbenen akademischen Grade an. Für eine erneute Einstellung hat die ursprüngliche Organisation, bei der der Student oder die Wissenschaftler vor seiner Ausreise tätig war, Sorge zu tragen (RMRB, 30.7.82).

Die Bestimmungen über selbstzahlende Auslandsstudenten machen deutlich, daß die chinesische Regierung jede Möglichkeit nutzen möchte, um wissenschaftliches Personal auszubilden, und daß ihr zu diesem Zweck auch Selbstzahler sehr willkommen sind. Zugleich aber ist ihr daran gelegen, auch diese Studenten wie diejenigen mit staatlichen Stipendien im Ausland fest unter Kontrolle zu behalten. Auf diese Weise hofft sie, Integrationschwierigkeiten der Auslandsstudenten nach ihrer Rückkehr entgegenwirken zu können.

(15) Ausbildung buddhistischer Mönche

Kürzlich haben 39 junge Mönche im Alter zwischen 20 und 30 Jahren einen zweijährigen Vorbereitungskursus an dem erst im Jahre 1980 wiedereröffneten Buddhistischen Institut in Beijing absolviert. Aus diesem Anlaß fand in dem berühmten Fayuan-Tempel eine Zeremonie statt. Es handelte sich um die erste Gruppe junger Buddhisten, die nach der Kulturrevolution wieder ausgebildet worden ist. Die meisten von ihnen waren Mönche an bekannten buddhistischen Tempeln, einige waren aber auch ehemalige Arbeiter, Studenten oder arbeitslose Jugendliche. Der Kursus wurde von der buddhistischen Gesellschaft wiederbelebt, die namhafte Buddhisten als Lehrer an das Institut schickte. Die Studenten haben 20 Bücher über den Buddhismus studiert und Anfangskenntnisse des buddhistischen Schrifttums und der buddhistischen Gesetze, Theorie und Geschichte erworben. Ein Teil der Graduierten wird jetzt mit einem regulären Hochschulstudium der buddhistischen Theologie am Buddhistischen Institut beginnen, während der an-

dere Teil an die Tempel zurückkehrt. Während ihrer Ausbildungszeit sind die Studenten von der buddhistischen Gesellschaft unterstützt worden. Wie der Präsident der Buddhistischen Gesellschaft und des Buddhistischen Instituts mitteilte, gibt es buddhistische Kurse auch in Suzhou und Gushan. Weitere Buddhistische Institute sollen in Nanjing, Chengdu, Qinghai, Gansu und Tibet eingerichtet werden (XNA, 23.7.82).

Mit diesem Kurs ist ein erster Anfang geschaffen, um wieder buddhistischen Nachwuchs auszubilden, nachdem dies über zwölf Jahre lang nicht möglich war. Von diesen bescheidenen Anfängen, sowohl was die Zahl als auch das Niveau angeht, ist es freilich noch ein weiter Weg zur Ausbildung buddhistischer Theologen und Gelehrten.

(16) Ausbildung islamischer Theologen

Das Institut für Islamische Theologie hat jetzt 40 Studenten zum Studium aufgenommen, nachdem diese eine Aufnahmeprüfung bestanden hatten. Das Institut wurde erst kürzlich wiedereröffnet, und zwar wurde die Wiedereröffnung auf der zweiten Vollversammlung des IV. nationalen Komitees der Islamischen Gesellschaft Chinas verkündet, die im August in Beijing tagte. Das Institut ist eine islamische Hochschule, die 1955 gegründet worden ist und während der kulturrevolutionären Phase geschlossen war. Zur Ausbildung von Nachwuchs an islamischen Theologen hatte die Islamische Gesellschaft schon Ende 1980 mit den Vorbereitungen für die Wiedereröffnung des Instituts begonnen und für 31 Imame einen Einführungskursus veranstaltet. Im März 1982 wurden erstmalig nach Gründung der Volksrepublik zehn chinesische Studenten zum Studium des Islam an die Azhar-Universität nach Kairo geschickt.

Die Islamische Gesellschaft Chinas hat auch dafür Sorge getragen, daß 160.000 Exemplare des Koran sowie eine zweisprachige chinesisch-arabische Auswahl von Korantexten für die 13 Millionen in China lebenden Moslems veröffentlicht wurden. Außerdem organisierte die Gesellschaft die Reproduktion von 500 islamischen Klassikern und wertvollen Werken. Seit 1979 hat China drei Pilgerreisen nach Mekka gesandt (XNA, 18.8.82).

Angesichts der Vielzahl der in

China lebenden Moslems kann die geringe Zahl an wieder zugelassenen Islamstudenten nur als bescheidener Anfang gewertet werden.

-st-

(17) Neue Zeitschrift "Chinese Science Abstracts"

Der chinesische Wissenschaftsverlag gab Ende August die erste Nummer einer neuen Zeitschrift heraus, die den Titel "Chinese Science Abstracts" trägt. Die Zeitschrift erscheint monatlich auf Englisch und hat das Ziel, ausländische Wissenschaftler mit den Ergebnissen der chinesischen Wissenschaft und Technik vertraut zu machen. Sie bringt Zusammenfassungen von Veröffentlichungen aus mehreren hundert Zeitschriften über Wissenschaft und Technik. Die Zeitschrift erscheint in zwei verschiedenen Ausgaben, eine für Mathematik, Mechanik, Physik und technische Wissenschaften, die andere für Chemie, Biologie und Erdwissenschaften. Sie wird in China und im Ausland vertrieben (XNA, 23.8.82).

-st-

AUSSENWIRTSCHAFT

(18) Joint Ventures verteidigt

In einem Artikel der Volkszeitung vom 6.8.1982 verteidigen die Autoren Chu Baotai und Dong Weiyuan die Joint Ventures als Unternehmensform, die mit dem Sozialismus in Einklang zu bringen ist. Im folgenden werden die wichtigsten Punkte des Artikels wiedergegeben.

Ende 1981 betrug die Zahl der gemeinsam mit Ausländern betriebenen Unternehmen mehr als 400. Davon waren 39 Joint Equity Ventures; weitere 360 Unternehmen wurden auf der Basis von Kooperationsverträgen betrieben. Die gesamten Investitionen in diesen Unternehmen betragen zwei Mrd. US\$. Zusätzlich dazu gab es noch einige chinesisch- ausländische Kooperationsprojekte im Bereich der Offshore-Ölexploration bzw. -förderung.

Einige Leute hätten immer noch eine negative Einstellung gegenüber den Joint Ventures und betrachteten sie als dem Sozialismus abträglich. Dies ist nach Meinung der Autoren eine nicht korrekte Einstellung. Das Joint-Venture-Gesetz kann anhand der Ergeb-